

Pedrazzini nimmt Stellung zu den Forderungen der Demonstranten

Gesundheitswesen Am 11. Mai soll erneut eine Demonstration stattfinden, um Forderungen im Bereich der Krankenpflegeversicherung Nachdruck zu verleihen (das «Volksblatt» berichtete gestern). Jetzt nimmt Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini Stellung. Das «Volksblatt» veröffentlicht die Positionen des Ministeriums nachfolgend im Wortlaut:



Mauro Pedrazzini. (Foto: M. Zanghellini)

«Zunächst gilt es festzuhalten, dass die Annahme, die Gesundheitskosten seien angestiegen, sich im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung nicht belegen lässt. Seit 2013 ist kein Wachstum der Ausgaben pro Versicherten und Monat mehr zu verzeichnen. Die vielen ergriffenen Massnahmen, zu denen auch die Erhöhung der Kostenbeteiligung der Versicherten zählt, waren offenbar wirksam. Diese Erhöhung der Kostenbeteiligung im Rahmen der Revision des Krankenversicherungsgesetzes war umstritten und unter anderem deswegen wurde das Referendum ergriffen. Das Volk hat aber im Dezember 2015, also vor rund dreieinhalb Jahren, diese und weitere Massnahmen zur Eindämmung des Gesundheitskostenwachstums in einer Abstimmung gutgeheissen.

Prämienanstieg bei Zusatzversicherungen

Die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung sind in den Jahren vor 2016 aufgrund der Sanierung des Staatshaushalts und der damit verbundenen Verringerung des Staatsbeitrags an die Krankenkassen angestiegen. 2017 haben sie sich als Folge der Erhöhung der Kostenbeteiligung um über 7 Prozent verringert und sich in den Folgejahren im Durchschnitt kaum verändert. Die Prämien für

die freiwilligen Zusatzversicherungen (Privat, Halbprivat) hingegen haben sich bei einigen Kassen erhöht. Aus öffentlich getätigten Aussagen insbesondere über die Höhe der Monatsprämie muss geschlossen werden, dass einige der sich beklagenden Personen über Zusatzversicherungen verfügen und sich ihre Aussagen bezüglich der gestiegenen Belastung auf diese Zusatzversicherungen beziehen. Freiwillige Zusatzversicherungen werden vom Prämienverbilligungssystem nicht erfasst und auch nicht vom Staat subventioniert. Es wird von den Demonstranten die generelle Forderung vorgebracht, zur Solidargemeinschaft in der Krankenversicherung zurückzukehren. Dazu ist zu bemerken, dass die Krankenversicherung ein höchst solidarisches System ist. 80 Prozent der Leistung werden von 20 Prozent der Versicherten benötigt. Rund 10 Prozent der Versicherten benötigen Leistungen von über 10 000 Franken pro Jahr und diese werden von den übrigen Versicherten getragen. Von den betrieblichen Ausgaben des Staats fliesst rund ein Drittel in die Bereiche Gesundheit und Soziale Wohlfahrt. Wir haben ein sehr solidarisches Staatswesen in Liechtenstein mit vergleichsweise geringen Ausgaben der Haushalte für

die Gesundheit und sehr niedrigen Steuern.

Anpassungen in der Prämienverbilligung werden geprüft

Die Forderungen im Bereich der Prämienverbilligung seitens der Demonstranten jedoch verdienen es, einer näheren Prüfung unterzogen zu werden. Die starren Grenzwerte für den massgebenden Erwerb führen gemäss den Erfahrungen des Ministeriums in einigen Fällen dazu, dass wenige Franken Differenz im Einkommen über die Ausrichtung von bis zu rund 1500 Franken entscheiden können. Im Rahmen einer Interpellationsbeantwortung, welche derzeit in Erarbeitung ist und sich vor allem mit der Veränderung der Einkommensgrenzen befasst, wird die Regierung auch zusätzliche Ausführungen zu einer stetigen Abhängigkeit der Prämienverbilligung vom Erwerb ohne sprunghafte Veränderungen bei festgesetzten Grenzen machen. Ein weiteres Problem im Bereich der Prämienverbilligung, das sich in den letzten Jahren vermehrt gezeigt hat, ist der grundsätzliche Ausschluss von Personen unter 25 Jahren, sofern sie Unterhaltsansprüche gegenüber ihren Eltern haben. Die Bildungswege in der Dualen Berufsausbildung werden immer flexibler und die Unterscheidung von zwei Kategorien von Personen in der Altersklasse von 20 bis 25 führt in der Praxis immer wieder zu fragwürdigen Situationen. Daher wird die Regierung im Rahmen der Interpellationsbeantwortung auch Vorschläge für die Behebung dieser Situation machen. Da es dadurch auch zu einer Unterstützung von jungen Erwachsenen in Ausbildung kommt, ist dies letztlich auch eine familienpolitische Massnahme, welche die Eltern von Kindern in Ausbildung entlastet.»

Mauro Pedrazzini,
Minister für Gesellschaft



Die Delegation mit Daniel Risch und Dominique Hasler bei der Besichtigung von zwei neuen Schulbauten in Vorarlberg. (Foto: iKR)

Minister besuchen Schulen in Vorarlberg

Inspiration Im Hinblick auf die Umsetzung der Schulbautenstrategie besichtigten Daniel Risch und Dominique Hasler gestern zwei neue Schulbauten in Vorarlberg.

Zunächst stand die Schule Schendingen in Bregenz auf dem Programm, wie das Bildungs- sowie das Infrastrukturministerium am Donnerstag mitteilten. Die Delegation aus Liechtenstein wurde vom Bregenser Bürgermeister Markus Linhard begrüsst, der gemeinsam mit Stadtrat Michael Rauth und Peter Fischer vom städtischen Schulamt sowie den beiden Schulleitern durch das neu erstellte Gebäude der Volks- und Mittelschule Schendingen führte. Im anschliessenden Gespräch unter der Leitung von Christian Kompatscher von der Bildungsdirektion Vorarlberg sei erörtert worden, wie die pädagogischen Entwicklungen und unterschiedlichen Lernkulturen die Schularchitektur beeinflussen. Anschliessend folgte ein weiterer Rundgang durch die Volks- und Mittelschule am See in Hard. Auch dort wurde die liechtensteinische Delegation von Vizebürgermeisterin Eva Mair empfangen. Zudem begleiteten Markus Pölzer vom Bauamt Hard und die beiden Schulleitungen den Rundgang. «Die Besichtigung der Schulgebäude und der Austausch über schulgerechte Architektur ist sehr wertvoll für die Erarbeitung unserer Schulbauprojekte», wird Daniel Risch in der Mitteilung zitiert.

Beide Schulen würden sich durch ihre besondere auf die Pädagogik abgestützte Architektur auszeichnen. «Die beiden Schulgebäude sind hervorragende Beispiele dafür, wie die pädagogischen Anforderungen an einen zukunftsorientierten Schulbau umgesetzt wurden», wird Bildungsministerin Dominique Hasler zitiert. Die Anordnung der Klassenzimmer in sogenannten Clustern kommt gemäss Mitteilung einer zeitgemässen, modernen Pädagogik optimal entgegen und wirkt sich positiv auf das Lernen aus. Unter einem Cluster kann man sich eine Struktur innerhalb eines Schulhauses vorstellen, in der flexible Lern- und Erfahrungsräume genutzt werden können. Häufig gibt es einen starken Bezug zwischen Aussen und Innen, durch entsprechend gedeckte Aussenbereiche, welche direkt anschliessen. In einem Cluster reihen sich zwei bis sechs Klassenzimmer samt dazugehörigen Gruppenräumen, einem kleinen Vorbereitungsraum für die Lehrpersonen, Sanitärbereich und Garderobe um eine geräumige «Mitte», welche multifunktional von allen genutzt werden kann. Die Cluster könnten, je nach Schulkonzept, stufenübergreifend, schulartenübergreifend oder getrennt genutzt werden. (red/ikr)



Uhrmacher bei der Regulierung eines mechanischen Uhrwerkes. (Foto: ZVG)

Huber-Brunch – «Uhrmacherkunst»

Einblick in das Werk der Uhren

VADUZ Luxusuhren sind eine Besonderheit – von Hand hergestellte Meisterwerke, die durch Qualität, Innovation und Präzision überzeugen. Huber Fine Watches & Jewellery lädt am kommenden Samstag, den 13. April 2019, von 9.30 bis 16 Uhr in den Weissen Würfel, um die traditionelle Uhrmacherkunst zu erleben. Ein Uhrmacher aus dem hauseigenen Atelier zeigt, wie viel Handarbeit und Liebe zum Detail in hochwertigen Zeitmessern stecken. Die Besucher haben zudem die Möglichkeit, sich selbst als Uhrmacher zu

versuchen. Hohe Konzentration, eine ruhige Hand und viel Geduld sind dabei gefragt. Uhrenenthusiasten fachsimpeln derweil über Sammlerstücke und bestaunen Raritäten aus der Huber Vintage Lounge. Ein weiteres Highlight: Bei einem Wettbewerb werden insgesamt zwölf Besuche in einer renommierten Schweizer Uhrenmanufaktur verlost. Wie immer werden die Gäste bei Huber mit feinen kulinarischen Köstlichkeiten verwöhnt. Das Team vom «Weissen Würfel» freut sich auf Sie. (pr)

FORUMSBEITRAG

Autofreier Rheindam Referendum gegen die Sperrung

Im Namen zahlreicher weiterer Personen haben wir heute eine Petition und ein Referendum lanciert, für den Fall, dass der Gemeinderat am 26. März 2019 in seiner zweitletzten Sitzung die Sperrung des Rheindamms für Autos und andere motorisierte Fahrzeuge beschlossen haben sollte. Damit soll Bürgermeister Ewald Ospelt und dem Gemeinderat am kommenden Dienstag an seiner letzten Sitzung die Möglichkeit geboten werden, diese Entscheidung zurückzunehmen und dem neuen Gemeinderat zu überlassen. Der neue Gemeinderat, den die Bevölkerung am 24. März gewählt hat, war somit schon bestellt, bevor der alte Gemeinderat die allfällige Sperrung des Rheindamms behandelt hat. Im Gegensatz zu den meisten anderen Gemeinden konnte das Ergebnis aber noch nicht publiziert werden, weil die Bürgermeisterwahl kein absolutes Ergebnis gebracht hat. Die Urnen wissen, wer ab 1. Mai 2019 als Gemeinderatsmitglied in Vaduz sitzen wird. Wie erwähnt, hätte der alte Gemeinderat sozusagen über die Köpfe der bereits gewählten neuen Gemeinderäte eine Sperrung des Rheindamms beschlossen. Gemäss «Vaterland» vom 10. April soll die Bevölkerung nach Aussage von Noch-Bürgermeister Ewald Ospelt erst nach der letzten Sitzung des alten Gemeinderates und somit auch nach seiner eigenen letzten Sitzung über den Beschluss informiert wer-



(Symbolfoto: Michael Zanghellini)

den. Der Bevölkerung würde damit jede Einflussnahme entzogen, den alten Gemeinderat zur Rechenschaft zu ziehen. Dieses Vorgehen empfinden wir als undemokratisch gegenüber der Bevölkerung, unfair gegenüber dem neuen Gemeinderat und unhaltbar, was das Vorgehen betrifft. Deshalb soll am Dienstag, vor der letzten Sitzung des Gemeinderats, eine Petition eingereicht werden, dass der alte Gemeinderat keinen Beschluss über den Rheindammverkehr fassen soll bzw. seinen Beschluss rückgängig machen soll, damit die Bevölkerung und der neue Gemeinderat darüber befinden können. Falls der alte Gemeinderat trotzdem bei einer Sperrung des Rheindamms für Mofas, Motorräder und Autos bleiben sollte, wird gleichzeitig mit der heutigen Petition das Referendum ergriffen und hiermit angekündigt. Wir bitten alle, die unsere Petition beziehungsweise das Referendum

unterzeichnen wollen, sich schnellstmöglich bei jemand der Unterzeichneten zu melden, damit wir in den wenigen Tagen bis zum Dienstag möglichst viele Unterschriften für eine erste Tranche einreichen können. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Stellvertretend für viele andere: Heinz Beck, Markus Bürgler, Beat Gassner, Rainer Kaiser, Dr. Norman Meier, Jürgen Nigg, Peter Ospelt (POV), Markus Schädler, Monika Schädler, Carmen Tischler, Thomas Verling, Thomas Wachter, Rigobert Wolf, Alt-Bürgermeister Karlheinz Ospelt, Alt-Gemeinderäte Toni Amann, Hans Lorenz, Roland Moser, Alois Ospelt, Waltraud Schlegel-Biedermann, Hansrudi Sele, Franz Wachter und Ernie Walser.

In eigener Sache Hinweis zu Leserbriefen und Foren

Da auch unsere Rubrik «Leserbriefe» einer Planung bedarf, bitten wir unsere Leser, sich möglichst kurz zu halten und als Limite eine maximale Anzahl von 2500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) zu respektieren. Die Redaktion behält es sich in jedem Fall vor, Zuschriften nicht zu publizieren und kann darüber keine Korrespondenz führen. Wir bitten darum, uns die Leserbriefe – inklusive der vollen Anschrift des Unterzeichners – bis spätestens 16 Uhr zu kommen zu lassen. Für die Rubrik «Forum» gilt, die 3000-Zeichen-Marke nicht zu überschreiten.

redaktion@volksblatt.li